Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsministerin Emilia Müller

Abg. Doris Rauscher

Abg. Joachim Unterländer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Kerstin Celina

Abg. Eva Gottstein

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

für ein Bayerisches Betreuungsgeldgesetz (Drs. 17/9114)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Dazu darf ich Frau Staatsministerin Müller das Wort erteilen. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung hält Wort. Mit dem Entwurf eines Bayerischen Betreuungsgeldgesetzes wollen wir diese wichtige familienpolitische Leistung konsequent – als Landesleistung – fortführen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die bayerischen Eltern geben uns recht. Drei von vier Eltern – es sind über 73 % – haben bisher das Betreuungsgeld in Anspruch genommen.

Mit dem Gesetz stärken wir weiterhin die Wahlfreiheit der Eltern; denn es ist allein deren Entscheidung, wie sie die Kinderbetreuung organisieren, das heißt, ob sie eine öffentlich geförderte Kita wählen oder die Betreuung privat organisieren. Aufgabe des Staates ist es, die von den Eltern jeweils gewünschte Kinderbetreuung zu unterstützen. Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil. Daher werden wir die bayerischen Eltern weiterhin mit dem Betreuungsgeld stärken.

Natürlich bauen wir gleichzeitig die Kinderbetreuung aus – sowohl qualitativ als auch quantitativ. Es geht auch nicht um die Alternative "entweder Betreuungsgeld oder gute und ausreichende Kitas", sondern um das Sowohl-als-auch. Bayern macht beides.

Familienpolitik muss für Eltern verlässlich sein. Deshalb ist es mir besonders wichtig, dass das bayerische Betreuungsgeld nahtlos an das Bundesbetreuungsgeld an-

schließt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts – ohne Übergangsregelung – kam für viele Eltern überraschend. Eltern haben mit dem Betreuungsgeld gerechnet. In vielen Fällen wurden schon Anträge gestellt. Deshalb sieht unser Gesetz die Rückwirkung bis zum 1. Januar 2015 vor. Wer die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, soll die Leistungen auch rückwirkend ausbezahlt bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Allein bis Ende des Jahres 2015 werden hiervon rund 40.000 Eltern profitieren. Das bayerische Betreuungsgeld hat denselben Umfang wie das Bundesbetreuungsgeld. Die Höhe beträgt weiterhin 150 Euro monatlich; es wird maximal 22 Monate gewährt.

Das Betreuungsgeld schließt auch künftig an das 14-monatige Elterngeld an. Die Leistung kann also im Regelfall ab dem 15. Lebensmonat des Kindes, längstens bis zur Vollendung des 36. Lebensmonats, beansprucht werden.

Neu sind vor allem zwei Punkte:

Erstens. Der Gesetzentwurf sieht eine Information durch die Träger von Kindertageseinrichtungen bzw. durch die Jugendämter vor. Diese müssen künftig die Eltern darauf hinweisen, dass mit der Inanspruchnahme einer BayKiBiG-geförderten Kinderbetreuung der Anspruch auf Betreuungsgeld entfällt. Dies kann durch Übergabe eines Formblattes geschehen und hilft, Überzahlungen zu vermeiden.

Zweitens. Wir wollen die gesundheitliche Prävention stärken. Daher ist das Betreuungsgeld an die Wahrnehmung der altersentsprechenden Früherkennungsuntersuchungen geknüpft. Das ist konsequent; denn ein entsprechender Nachweis wird auch bei der Beantragung von Landeserziehungsgeld, der Anmeldung in einer Kindertageseinrichtung oder bei Aufnahme des Kindes in Tagespflege gefordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unzählige Eltern warten auf diese Leistung. Gerade am Beginn der Familiengründung sind die Ausgaben hoch und das Familienbudget vergleichsweise niedrig. Gerade in dieser Zeit kommt es auf jeden Euro an.

Im Interesse der betroffenen Familien bitte ich Sie, zu einem zügigen Gesetzgebungsverfahren beizutragen. Sobald das Bayerische Betreuungsgeldgesetz vom Landtag beschlossen worden ist, wird allen Eltern, die in Bayern Elterngeld bezogen haben oder beziehen, der Antrag unaufgefordert zugesandt. Hierüber werden die Eltern derzeit durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales konkret informiert.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne damit die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Einzelheiten sind Ihnen sicherlich bekannt. – Als nächste Rednerin erhält Frau Kollegin Rauscher für die SPD das Wort. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, sehr geehrte Frau Ministerin Müller! Eltern haben das Recht und die Pflicht zur Pflege und zur Erziehung ihrer Kinder. Es ist Ausdruck der Entscheidungsfreiheit der Eltern, dass sie die Betreuungsform selbst wählen können; das ist klar. Von Wahlfreiheit und einer von Familien gewünschten Leistung kann beim Betreuungsgeld aber keine Rede sein. 150 Euro im Monat werden bei keiner Familie in Bayern dafür sorgen, dass sie ihre Kinder ohne finanzielle Sorgen zu Hause betreuen kann.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidungsfreiheit haben nur die Eltern, die es sich ohnehin leisten können. Für alle anderen ist das Betreuungsgeld keine Unterstützung für die Bewältigung der Herausforderung des Alltags. Die große Mehrheit ist auf gute Rahmenbedingungen für sich und ihre Kinder angewiesen – nicht nur in der Kita, sondern im gesamten Bildungsbereich. Es geht nach wie vor um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Auch in anderen Ländern war ein Betreuungsgeld mit dem Argument, die Entscheidungsfreiheit der Familien solle gestärkt werden, eingeführt worden. Das Ergebnis der in Finnland, Norwegen und Schweden durchgeführten Evaluationen ist interessant: Ein Betreuungsgeld verstärkt das übliche Muster der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bei der Kinderbetreuung und schwächt die Position von Frauen in der Gesellschaft. Frauen kritisieren, keine Arbeit zu bekommen, bei Beförderungen nicht berücksichtigt zu werden und ihre dauerhafte Anbindung an den Arbeitsmarkt zu verlieren. Der Einfluss des Betreuungsgeldes auf die künftige Rente ist dabei nicht zu unterschätzen.

Die große Mehrheit der Leistungsempfänger sind in allen drei Ländern Mütter; in Bayern sind es 95 % aller Leistungsbezieher. Unter diesen sind überdurchschnittlich viele Frauen mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau oder mit Migrationshintergrund vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Frauen – und liebe Männer –, nennen Sie mir einen Mann, der für 150 Euro im Monat zu Hause bleibt.

(Zuruf von der SPD: Genau! So ist es!)

Eigentlich wird man aus Erfahrung klug. In Norwegen wurde das Betreuungsgeld zuletzt gekürzt, in Schweden und einigen anderen Ländern komplett abgeschafft. In unserem Nachbarland Thüringen ist es mit der Begründung, es habe falsche Anreize gesetzt, abgeschafft worden.

All diese Länder haben ihre Lehren gezogen. Nur der Freistaat Bayern mit seiner Staatsregierung hält eisern an einer Familienleistung fest, die von der Mehrheit in Bayern eigentlich nicht gewünscht wird.

(Beifall bei der SPD)

Gleichstellung von Mann und Frau fördern – das müsste die Devise der Staatsregierung sein. Diese Leistung tut es nicht. Lassen Sie sich doch einfach von uns überzeugen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

63 % der Menschen in Bayern wollen, dass die Gelder aus dem Bundeshaushalt in den frühkindlichen Bereich investiert werden. Diese Einschätzung wird von Menschen in allen Regionen sowie über alle Alters-, Einkommens- und Bildungsgruppen hinweg geteilt. Nur 28 % wünschen sich ein Betreuungsgeld. Dies spiegelt die veränderten Bedürfnisse der neuen Lebens- bzw. Familienmodelle wider. Ziel muss es sein, allen Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen – natürlich unter dem Vorbehalt, dass am Ende immer die Eltern entscheiden, ob sie das für ihre Kinder möchten. Zudem wäre dies ein Schritt in Richtung wirklicher Chancengleichheit.

Frau Ministerin, dass eine angebotene staatliche Leistung von Eltern abgerufen wird, auch wenn es lediglich 150 Euro pro Monat sind, ist doch klar. Wenn ich eine junge Mutter wäre und mich entscheiden würde, in der ersten Zeit nach Geburt des Kindes zu Hause zu bleiben, würde ich das wohl auch tun. Aber die Staatsregierung setzt ein falsches politisches Signal. Wir im Bayerischen Landtag müssen uns bewusst sein, dass das Betreuungsgeld die Gleichstellung von Mann und Frau nicht fördert.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einige weitere kritische Überlegungen zu dem Gesetzentwurf anschließen: Erstens. Die Gehaltsobergrenze ist wirklich sehr üppig. Ein Einzelverdiener kann bis zu einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro Betreuungsgeld beziehen. Andererseits wird es auf Sozialleistungen – diese nehmen schlechter gestellte Familien in Anspruch – angerechnet.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit! – Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, einen kleinen Moment bitte. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Grundlärmpegel ist sehr hoch. Wenn Sie sich unterhalten müssen, dann gehen Sie doch bitte hinaus. Danke schön.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Es geht ja nur um ein Frauenthema!)

Doris Rauscher (SPD): – Es ist auch ein Frauenthema.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Deswegen ist der Geräuschpegel so hoch! –

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Weil die Argumente ausgetauscht sind!)

– Sie geben kein gutes Bild ab. Auf der Besuchertribüne sitzen auch viele Frauen, liebe Männer der CSU-Fraktion. Das Gesetz benachteiligt wieder genau diejenigen, die schon schlechter gestellt und in unserer Gesellschaft von Armut bedroht sind.

Zweitens. Beim Übergang in eine Kindertagesbetreuung sollen die Kitas in die Verantwortung genommen werden und mit einem Infoblatt die Eltern informieren und belegen lassen, dass sie keinen Anspruch auf den Bezug von Betreuungsgeld haben. – Ich stelle mir die Frage: Wie viel Verwaltungsaufwand wollen wir den bayerischen Kindertageseinrichtungen noch zumuten, und wer kontrolliert, ob eine Änderungsmitteilung erfolgt? Wer haftet am Ende, wenn sich Eltern nicht entsprechend verhalten? Welche Last kommt da möglicherweise auf Träger von Kitas zu?

Es ist schon paradox, dass genau diejenigen, von denen die Kinder ferngehalten werden, am Ende für die Kontrolle dieses Infoblatts zuständig sind.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Härtefallregelung, die nach meinem Empfinden im Gesetzentwurf viel zu undeutlich formuliert ist. Die Tendenz geht zu Ausnahmeregelungen bei Kindertagesbetreuung und gleichzeitigem Bezug von Betreuungsgeld. Ich würde mir aus dem Sozialministerium eine deutlichere Information darüber wünschen, wie das zu verstehen ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Doris Rauscher (SPD): – Ja. – Abschließend möchte ich noch sagen, dass es schon interessant ist, dass beim Betreuungsgeld das Beziehen einer staatlichen Leistung mit einer Nichtinanspruchnahme einer anderen staatlichen Leistung einhergeht. Ich glaube, das gibt es in keinem anderen Bereich.

Meine Fraktion positioniert sich ganz klar mit einem Nein zu dem Vorhaben der CSU und der Staatsregierung. Ich bitte Sie um Unterstützung. Ich bitte Sie darum, sich die Einführung des bayerischen Betreuungsgeldes noch einmal gut durch den Kopf gehen zu lassen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Rauscher. Ich darf dazusagen, dass mein Hinweis auf die Redezeit natürlich schon mit einem Sicherheitszuschlag versehen war. – Die nächste Wortmeldung ist vom Kollegen Unterländer. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Lieber Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der bekannte Leiter der innenpolitischen Redaktion der "Süddeutschen Zeitung", Heribert Prantl, hat in seinem jüngsten Buch über Heimat ausgeführt: Familie ist der Ort, an dem der Mensch zu Ende geboren werden kann. Diese Aussage trifft meines Erachtens auch den Kern dessen, dass Familie im Zentrum unseres menschlichen und unseres gesellschaftlichen Lebens steht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Familie ist der Markenkern und der Wesenskern einer Gesellschaft, die davon lebt und leben muss, dass Menschen optimal gefördert werden. Kinder, die optimal gefördert werden sollen, werden nur dann gefördert, wenn Eltern zufrieden sind. Diese Zufriedenheit zu erreichen, ist auf unterschiedlichen Wegen möglich.

Meine Damen und Herren, Familien haben in Bayern das Recht, selbst über ihre Lebensbiografie zu entscheiden. Das hat nicht die Politik mit erhobenem Zeigefinger zu tun. Daran sollten Sie sich auch halten, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Das macht niemand!)

Dazu gehört auch, die Kinder zugunsten einer vollständigen Erziehung und Betreuung zu Hause zu erziehen oder alternativ eine Krippenbetreuung bzw. Tagespflege in Anspruch zu nehmen. Wenn eine öffentlich geförderte Einrichtung in Anspruch genommen wird, ist doch der Ansatz, diejenigen, die diese öffentlich geförderte Einrichtung nicht in Anspruch nehmen, mit einem eigenständigen Leistungsanspruch auf ein Betreuungsgeld zu entlasten, ein Beitrag zu echter Wahlfreiheit. Die CSU steht dazu, und die Bayerische Staatsregierung steht dazu, dieses Betreuungsgeld im Sinne einer echten Wahlfreiheit in Bayern einzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben von politischer Seite nicht das Recht, uns in diese Wahlfreiheit der Familien einzumischen. Sie sehen im Übrigen – über Zahlen kann man streiten –: 73 % der bezugsberechtigten Eltern in Bayern, die das Bundesbetreuungsgeld in Anspruch nehmen – das sind drei Viertel aller Eltern –, wollen das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen. Zu interpretieren, warum sie das tun, ist überhaupt nicht unsere Sache. Übrigens ist es auch nicht unsere Sache zu vermuten, dass dieses Geld nicht für die Kinder, nicht für die Familien, sondern für etwas anderes verwendet wird. Das ist billige Polemik. Das ist sogar menschenverachtend. Das sollte in den Diskussionen bitte unterbleiben. Frau Kollegin Rauscher, Sie haben das nicht angesprochen.

(Doris Rauscher (SPD): Nein! Aber zur Klarstellung, Herr Unterländer!)

Diese Diskussion wird aber geführt, um dies deutlich zu sagen.

(Doris Rauscher (SPD): Von Ihnen, aber nicht von mir!)

Deswegen sage ich ganz klar: Familien müssen darüber selbst entscheiden können, und Familien müssen auch finanzielle Entlastungen in diesen Bereichen in Anspruch nehmen können.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Unterländer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nein!)

Joachim Unterländer (CSU): Wenn das meine Fraktion für mich beantwortet, dann sage ich Nein. Sie können gerne im Anschluss eine Frage an mich richten.

Was die finanzielle Belastung anbelangt, möchte ich auf ein Positionspapier des Landesfrauenrates hinweisen, in dem auch weiterhin finanzielle Entlastungen, verständlicherweise natürlich in einer weitergehenden Struktur, gefordert werden. In diesem Zusammenhang ist das Betreuungsgeld ein wichtiger Weg. Wir sollten den Familien und den Frauen nicht vorschreiben, für welche Lebensbiografie sie sich entscheiden.

Meine Damen und Herren, nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass nicht der Bund, sondern die Länder für diesen Kreis zuständig sind, danken wir der Bayerischen Staatsregierung ausdrücklich, dass sie einen Gesetzentwurf zur nahtlosen Weiterführung des Betreuungsgeldes beschlossen hat. Viele Eltern haben sich an uns gewandt, da sie Sorge hatten, dass das Betreuungsgeld in Zukunft nicht mehr gewährt wird. Meine Damen und Herren, vertrauenswürdige Politik hat aber etwas damit zu tun, nach entsprechenden Vereinbarungen auf Bundesebene auch als Freistaat Bayern glaubwürdig zu bleiben. Dies gilt übrigens auch für andere Parteien, die an der Bundesregierung beteiligt sind.

Eines muss in diesem Zusammenhang auch noch zurechtgerückt werden: Krippenplätze werden weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut und stehen in diesem Zusammenhang auch zur Verfügung. Dass in Ballungsräumen häufig noch Defizite vorhanden sind – das sind ja auch politische Entscheidungen –, hat verschiedene Ursachen. Des-

wegen meine ich, dass man klar sagen kann: Im Freistaat Bayern werden beide Varianten möglich gemacht, wenn das Betreuungsgeld eingeführt wird, nämlich die Inanspruchnahme von Krippen- oder Tagespflegeplätzen auf der einen Seite und die Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes auf der anderen Seite. Das muss auch so sein. Deshalb ist das gegenseitige Ausspielen von Familien und die Unterstellung – ich darf das noch einmal sagen –, sie würden das Geld nicht für die Kinder verwenden, fragwürdig und beleidigend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden deshalb den Weg der weiteren Unterstützung der Familien in dieser wichtigen Lebensphase gehen und freuen uns diesbezüglich auch auf die Beratung und eine baldige Realisierung dieser Leistung, wobei das Gesetz selbstverständlich rückwirkend in Kraft tritt. Die nahtlose Inanspruchnahme ist ganz, ganz wichtig, weil sich Menschen in ihrer Familienplanung auch darauf verlassen haben, dass sie das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen können.

Mein Damen und Herren, zu der Frage, ob dies nur Mütter tun: Schauen Sie sich doch einmal an, wie die Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes und der Elternzeit ist.

(Doris Rauscher (SPD): 22 Monate!)

Da sind wir doch auch auf einem guten Weg. Wir sind sicherlich nicht auseinander, dass die Erziehungspartnerschaft, das Miteinander von Frauen und Männern bei der Kindererziehung, eine Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung unseres Gemeinschaftslebens ist. Dazu trägt jede Lösung bei, die Familien materiell entlastet und die Mütter und Väter, die sie in Anspruch nehmen, auf den richtigen Weg bringt.

Meine Damen und Herren, das Betreuungsgeld ist auf Bundesebene geschaffen worden. Da nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil eine Länderzuständigkeit gegeben ist, werden wir uns mit der Umwandlung des Bundesbetreuungsgelds in ein Landesbetreuungsgeld zu befassen haben. Ich freue mich, wenn die Eltern die positive

Nachricht bekommen, dass das Betreuungsgeld in Bayern ab sofort nahtlos weitergeführt wird. Das ist eine Leistung, die wir als CSU-Landtagsfraktion im Interesse unserer Familien und im Interesse unserer Kinder unbedingt wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst von Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Unterländer, Ihr Hauptargument für das Betreuungsgeld war die Wahlfreiheit. Sie wollen es ermöglichen, haben Sie gesagt, dass Frauen und Männer selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder in eine Kinderbetreuung geben wollen. Ich frage Sie jetzt: Glauben Sie tatsächlich, dass man ein Kind von 150 Euro ernähren kann? Kann also eine Alleinerziehende von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und zu Hause bleiben, wenn man ihr anbietet, dafür 150 Euro im Monat zu bekommen? - Das frage ich Sie.

Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass es bereits eine Antwort vieler Frauenverbände gibt. Die Antwort heißt: Nein. Wenn wir Mütter und Väter tatsächlich unterstützen wollen, wenn sie ihre Kinder zu Hause betreuen, müsste die Leistung doch erheblich höher als derzeit geplant ausfallen.

Ich bitte Sie noch einmal, in der Diskussion nicht immer wieder zu behaupten, dass Familienmodelle gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen nicht die einen Familienmodelle gegen andere ausspielen. Jeder soll selber entscheiden, wie er das handhabt. Aber wir sind dagegen, Gelder auszuschütten, die nicht reichen, um die Familie zu Hause zu ernähren.

Joachim Unterländer (CSU): Diese Frage verstehe ich, ganz ehrlich gesagt, deshalb nicht, weil die Familien und auch die Alleinerziehenden nicht allein vom Betreuungs-

geld leben. Sie haben ein eigenständiges Einkommen und erhalten im Bedarfsfalle noch zusätzliche Leistungen wie das Elterngeld, das Kindergeld und auch steuerliche Erleichterungen. Insofern stimmt das nicht. Aber es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, ob man allen Lebensmodellen in unserem Gemeinwesen den gleichen Zugang zu öffentlichen Leistungen gibt. Das wird durch das Betreuungsgeld gewährleistet. Sonst wäre es nicht der Fall.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Noch einen Moment. Jetzt kommt Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Unterländer, Sie haben in Ihrer Rede von einer finanziellen Entlastung gesprochen. Aber die finanzielle Entlastung einer Familie ist eine eindeutige Angelegenheit der Steuerpolitik. Sie wird dort geregelt. Sie aber wollen Eltern, die ihr Kind ohne Kita betreuen, eine Prämie geben und die Eltern, die ihr Kind in eine Kita geben, als die schlechteren Eltern behandeln.

(Widerspruch bei der CSU)

Ihnen sind Eltern, die sich entscheiden, ihr Kind in die Kita zu geben, weniger wert. Wie wollen Sie das bitte den Eltern erklären?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Joachim Unterländer (CSU): Man merkt, liebe Frau Kollegin Celina, dass Sie mir nicht zugehört haben.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Doch!)

Ich habe ausdrücklich gesagt, dass im Freistaat Bayern beide Leistungen von Familien, Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können. Das gilt übrigens nur für den frühkindlichen Bereich; es geht nur um die Kinder unter drei Jahren und nicht um Kindertagesstätten. Das wird immer alles vermischt.

Ich sage Ihnen, für uns ist die Wahlfreiheit, dass die Eltern selber entscheiden, die Option. Sind nicht die Milliarden, die der Freistaat Bayern gemeinsam mit den Kommunen zum Ausbau der Kinderbetreuung investiert, der beste Beweis dafür, dass wir ein klares Signal für die erhöhte Nachfrage und die optimale Förderung von Kindern im frühkindlichen Bereich durch Tageseinrichtungen setzen?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächste Rednerin bitte ich Frau Gottstein zum Rednerpult.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über ein Gesetz, das von betroffenen Eltern und den Fachverbänden mehrheitlich abgelehnt wird. Das Gesetz soll rückwirkend in Kraft treten. Man tut so, als gäbe es keinen Bestandsschutz für diejenigen, die momentan Betreuungsgeld bekommen. Das muss man einmal ganz klar sagen. Die Eltern, die ihren Antrag bis zum Stichtag gestellt haben, bekommen es weiter. Das Argument, sie hätten sonst keine verlässliche Planung, ist also hinfällig. Die Eltern, die momentan Betreuungsgeld vom Bund bekommen, und die, die es bis zum Stichtag beantragt haben, bekommen es weiterhin. Deswegen hätte es das Gesetz nicht gebraucht.

Das einzig Gute, das wir an dem Gesetz sehen, ist, dass Sie die Gewährung des Kindergeldes an den Nachweis der Früherkennungsuntersuchungen koppeln. Das ist ein sinnvoller Nachschlag in einem sinnlosen Gesetz.

Sie begründen das Gesetz mit dem lächerlichen Argument, dass 73 % der Anspruchsberechtigten das Geld in Anspruch nehmen. Das kommt mir so vor, als wenn Sie sagen, die Straßenbahnbenutzung ist in Zukunft kostenlos, und das wollen die Leute, weil dann 100 % diese Maßnahme in Anspruch nehmen können. Sie behaupten auch noch, die Leute hätten eine Wahlfreiheit, weil sie jetzt umsonst Straßenbahn fahren könnten, selbst in Gegenden, wo es gar keine Straßenbahn gibt. Es ist doch lächerlich, von 73 % Zustimmung zu einer Maßnahme zu sprechen, bei der man Geld be-

kommt, ohne dafür irgendetwas tun zu müssen. Das heißt in diesem Fall, dass man sowieso auf das Kind aufgepasst hätte. Ich würde das Betreuungsgeld auch nehmen, wenn ich sowieso daheimbleiben würde. Aber das bedeutet doch keine Wahlfreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Wahlfreiheit habe ich nicht für 150 Euro. Eine Wahlfreiheit habe ich dann, wenn ich mein Kind in der entsprechenden Zeit wirklich betreut weiß und wenn es überall, wo ich auch wohne, qualifizierte Betreuungsmöglichkeiten gibt.

Sie machen einen weiteren Denkfehler. Denn ich bekomme das Geld ja auch dann, wenn mein Kind unqualifiziert betreut wird. Sie tun so, als würde das Kind, wenn ich die 150 Euro in Anspruch nehme, automatisch zu Hause betreut. Das stimmt aber nicht. Bedingung ist ja nur, dass die Einrichtung nicht staatlich gefördert sein darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie nehmen also ganz klar in Kauf, dass unsere guten, qualifizierten Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren nicht in Anspruch genommen werden, weil das Kind vielleicht im Rahmen der Nachbarschaftshilfe betreut wird oder weil jemand, der das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen kann, das Kind betreut und sozusagen Geld unter der Hand bekommt. Das ist für das Kind vielleicht wesentlich schlechter, und es erfährt auch nicht die heile Familienbetreuung.

Herr Unterländer, Sie haben zwar gesagt, Sie wollen kein Gegeneinander aufbauen. Sie haben aber in Ihrer Argumentation zu Anfang sehr wohl ein Gegeneinander der guten Familie, die ihr Kind zu Hause betreut, und der anderen aufgebaut, die ihr Kind nicht zu Hause betreut. Genau dieser Zungenschlag stört.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Überhaupt nicht! – Zuruf von der CSU: Das hat er nicht!)

– Das hat er schon. Sie können es im Protokoll nachlesen.

Elf Verbände lehnen das Gesetz ab. Das heißt, alle wichtigen Fachverbände haben sich dagegen ausgesprochen: die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, die AWO, der Landesfrauenrat, der Katholische Deutsche Frauenbund. Sie alle sagen: Das ist das falsche Signal. Darauf hören Sie nicht. Das verstehen wir nicht. Das sind doch die Leute, die etwas davon verstehen. Wenn Sie den Fachverbänden nicht vertrauen, ist es umso verwunderlicher, dass Sie dem Deutschen Jugendinstitut nicht vertrauen. Frau Kollegin Rauscher hat die Ergebnisse vorgestellt. Diese zeigen, dass falsche Anreize geschaffen werden. Das Schlimmste an der ganzen Sache ist, dass Sie den Eltern nicht vertrauen. Rund 63 % der Eltern fordern bessere Betreuungsformen. Wir leugnen nicht, dass sich viel getan hat. Fast 50 % der Kinder unter drei Jahren werden inzwischen auch in Bayern außerhalb der Familie betreut. Um echte Wahlfreiheit zu erreichen, dürfen Sie dieses Geld nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen. Selbstverständlich nimmt man das Geld gerne in Anspruch. Vielleicht ist es auch eine kleine Anerkennung. An anderer Stelle fehlt es jedoch. Das ist die falsche Entscheidung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Gottstein, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Uns liegt noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Brendel-Fischer vor.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Gottstein, ich finde es unmöglich, wenn Sie suggerieren, dass jede Betreuung, die nicht in einer Einrichtung stattfindet, unqualifiziert ist. Das ist eine Anmaßung für alle Personen, die beispielsweise in Verwandtschaftsbeziehungen erzieherisch tätig sind. Damit werden diese Menschen diskriminiert. Ich finde es nicht in Ordnung, das in der heutigen Zeit auszusprechen.

Ihre Strategie, von oben bis unten strenge Verordnungen zu erlassen, lehnen wir ab. Wer geht zur Arbeit? Wer bleibt zu Hause? Wir Frauen – Sie haben uns Frauen angesprochen – haben das doch selber in der Hand. Unsere junge Frauengeneration ist

doch selbstbewusst genug, um solche Entscheidungen zu treffen. Die jungen Frauen lassen sich nicht von einem Partner oder der Gesellschaft reglementieren. Wir in der CSU haben ein anderes Frauenbild. Die hohe Zahl an qualifizierten und berufstätigen Frauen spricht für sich. Wir befinden uns auf einem hervorragenden Weg. Ich bin mir sicher, dass wir in zehn Jahren sagen werden: Das ist eine gute Sache. Wir haben die Vereinbarkeitsfrage optimiert – vorrangig im öffentlichen Dienst, aber zunehmend auch in der freien Wirtschaft. Wir haben es geschafft, dass Frauen auch im Alltag gut dastehen, weil sie Familie und Beruf gut miteinander verbinden können. Wir lassen unsere Kleinkinder jedoch auch von den Familien betreuen, wenn das so gewünscht ist.

(Beifall bei der CSU)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das machen wir auch. Sie haben mir entweder nicht zugehört oder mich nicht verstanden. Die beiden Punkte, die Sie angesprochen haben, habe ich so nicht geäußert. Ich habe davon gesprochen, dass die Gefahr besteht, weil keine Differenzierung vorgenommen wird. Ich gehe nicht davon aus, dass die Oma von den 150 Euro bezahlt wird. Trotzdem besteht die Gefahr einer unqualifizierten außerhäuslichen Betreuung, weil es sich nicht um eine staatlich qualifizierte Betreuung handelt. Diese Leute kennen Sie doch auch. Sie kennen sicherlich auch Fälle, in denen Kinder im Rahmen von Schwarzarbeit betreut werden.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das ist eine Unterstellung!)

– Diese Unterstellung entspricht sehr wohl der Wirklichkeit. – Bringen Sie die Mütter, die zu Hause bleiben, in eine Pflichtversicherung. Das habe ich schon in einem anderen Redebeitrag angesprochen. Damit wird die Altersarmut verhindert. Die 150 Euro sind jedoch nichts anderes als ein Beruhigungsmittel. Sie werden der Erziehungsleistung der Mütter und Väter, die zu Hause bleiben, nicht gerecht. Das Geld fehlt jedoch für eine echte Wahlfreiheit an einer anderen Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme noch einmal auf, was meine Vorrednerin gesagt hat. Stellen Sie sich einmal vor, Fahrradfahrer und Autofahrer würden ab dem nächsten Jahr in Bayern Geld dafür erhalten, dass sie nicht mit dem Bus fahren. – Das ist doch absurd, oder?

(Widerspruch bei der CSU)

Stellen Sie sich vor, Eltern, die ihre Kinder in einer Privatschule unterrichten lassen, bekämen vom Staat Geld dafür, dass sie die öffentlichen Schulen nicht in Anspruch nehmen. – Das ist doch absurd, oder? Stellen Sie sich jetzt einmal vor, Eltern bekämen Geld dafür, dass sie ihr Kind nicht in eine Kita geben. Sie erhalten Geld dafür, dass sie eine Leistung, die der Staat für alle Eltern und Kinder bereitstellt, aus ganz persönlichen Gründen nicht in Anspruch nehmen. – Das ist doch absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das passiert gerade, und zwar nicht in Absurdistan, sondern in Bayern. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, werden demnächst Ihre Stimme dafür hergeben, das Betreuungsgeld einzuführen. Mit diesem Gesetz schütten Sie das Geld mit einer Gießkanne über Bayern aus, ohne zu schauen, wie unsere Kinder individuell am besten gefördert und bedürftige Familien am besten unterstützt werden könnten. In manchen Fällen – das betone ich – wäre ein Anreiz, das Kind regelmäßig in die Kita zu bringen, für alle Beteiligten besser. Das wissen Sie genauso gut wie ich, auch wenn Sie nicht zugeben werden, dass sich die Fachleute bei dieser Frage einig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich, was Sie mit dem Betreuungsgeld eigentlich bezwecken wollen. Kein Paar wird sich wegen dieser Leistung entschließen, ein weiteres Kind zu bekommen.

Das Betreuungsgeld ist keine Leistung, die eine echte und klare Wertschätzung der Erziehungsleistung beinhaltet. Die Betreuung des Kindes wird – Pi mal Daumen – mit einem Euro die Stunde wertgeschätzt. Das entspricht bei Weitem nicht dem Wert der Erziehungsleistung, wie wir GRÜNE sie sehen.

Um welche Leistung handelt es sich dann? – Diese Leistung wollten Sie entgegen vielen Warnungen bundesweit durchsetzen. Sie müssen gehnt haben, dass Sie damit vor dem Bundesverfassungsgericht eine krachende Niederlage einstecken werden. Frau Ministerin, die Eltern mögen überrascht gewesen sein; das Ministerium war es sicherlich nicht. Sie wussten auch, dass die anderen Bundesländer diese Leistung für völlig falsch halten und stattdessen in Kitas vor Ort investieren. Der Bedarf ist da, und die Herausforderungen sind groß. Die Integration, die Inklusion sowie die Bezahlung von qualitativ hochwertigem Personal kosten viel Geld. Trotzdem haben Sie das Betreuungsgeld auf Bundesebene einführen wollen in der Hoffnung, die Absurdität des Betreuungsgeldes zu verschleiern. Das hat dank des Bundesverfassungsgerichts nicht geklappt, das klar gesagt hat, dass der Bund dafür gar nicht zuständig ist. Damit hat sich das Bundesverfassungsgericht eine inhaltliche Bewertung erspart. Ich bin aber sicher, sie wäre ähnlich vernichtend ausgefallen.

Die Zahlen in Bayern sprechen für sich. Viele haben das Betreuungsgeld beantragt, nachdem ihnen die fertig ausgefüllten Anträge zugesandt worden waren. Das ist ja auch ganz einfach. Viele von denen, die das Betreuungsgeld erhalten, bekommen auch schon Landeserziehungsgeld. Während das Landeserziehungsgeld nur denjenigen zusteht, die sich am unteren Rand des bayerischen Einkommensspektrums befinden und auf jeden Euro – das sagen Sie, Frau Ministerin – achten müssen, beglückt das Betreuungsgeld alle, die angeben, eine staatliche Leistung nicht in Anspruch zu nehmen. Das kontrolliert übrigens keiner. Für die Ärmeren stellt das Betreuungsgeld eine unzulässige Doppelleistung dar; denn das Landeserziehungsgeld gibt es schon. Viele andere, die darüber hinaus Betreuungsgeld bekommen werden, brauchen es gar nicht. Die Entscheidung berufstätiger Eltern, die ihren Tagesablauf mit Au-pair-Mäd-

chen oder Tagesmüttern selbstständig organisiert haben, hängt nicht von 150 Euro Betreuungsgeld ab, die sie jetzt als zusätzliches CSU-Schmankerl ohne Gegenleistung bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesichts all dieser Tatsachen und Widerstände finde ich es erstaunlich, dass Sie das Betreuungsgeld trotzdem durchpeitschen werden. Diese Leistung wird von Fachverbänden einvernehmlich als kontraproduktiv bezeichnet. Ich finde es erstaunlich, dass Sie in Zukunft Mittel in Höhe von rund 230 Millionen Euro jährlich dafür aufwenden wollen, etwas zu bezahlen, für das es keinen Anlass außer dem Sammeln von Wählerstimmen gibt. Die 230 Millionen Euro kommen nicht einer benachteiligten Zielgruppe zugute, sondern werden mit der Gießkanne ausgeschüttet. Das ist eine unzulässige Doppelleistung parallel zum Landeserziehungsgeld.

Frau Ministerin, abschließend frage ich mich und Sie: Wo und bei wem möchten Sie in Zukunft diese Mittel einsparen? Aus der Portokasse werden sie nicht kommen. Ich sage nur: Armes reiches Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Celina, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Vom Kollegen Unterländer liegt die Anmeldung einer Zwischenbemerkung vor.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Celina, sind Sie bereit anzuerkennen, dass sich das Bundesverfassungsgericht in keiner Weise inhaltlich mit dem Betreuungsgeld beschäftigt hat? Es hat ausdrücklich die Frage der Zuständigkeit beurteilt. Damit ist die Bezeichnung "krachende Niederlage" im Hinblick auf die Bayerische Staatsregierung völlig fehl am Platz.

(Beifall bei der CSU)

Finden Sie nicht auch, dass familienpolitische Leistungen nicht von der finanziellen Situation der Familien abhängen, sondern grundsätzlich allen Familien zustehen sollten?

Kerstin Celina (GRÜNE): Zur ersten Frage: Herr Unterländer, das Bundesverfassungsgericht hat dem Betreuungsgeld ganz klar eine krachende Niederlage beschert, und zwar aus formalen Gründen. Zum Inhalt hat sich das Bundesverfassungsgericht nicht geäußert. Genau das habe ich bereits gesagt. Ich bin mir sicher: Hätte sich das Bundesverfassungsgericht geäußert, wäre es auch so ausgegangen. Wir sind aber noch nicht so weit. Das Bundesverfassungsgericht hat sich nicht inhaltlich dazu geäußert.

Zur zweiten Frage: Ich bin für jede familienpolitische Entlastung dankbar. Diese Entlastungen müssen aber über die Steuern allen Familien gewährt werden und nicht nur den Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kita bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Argumente sind ausgetauscht. Wir alle wissen, wo wir stehen. Ich möchte Ihnen trotzdem sagen: Familien lassen sich Gott sei Dank nicht in ein festes Schema pressen. Das gilt auch für Frauen.

(Beifall bei der CSU)

Frauen sind heute selbstbewusst genug, um zu entscheiden, was sie denn in der Zukunft wollen. Als Sozialministerin ist es mir ein Herzensanliegen, dass sich die Eltern bei der Entscheidung, wie ein Kind betreut werden soll, wohlfühlen. Die Eltern müssen entscheiden können, ob sie zum Beispiel die ersten Schritte oder die ersten Worte des

Kindes miterleben wollen. Sie nehmen dabei in Kauf, dass sie in dieser Zeit nicht arbeiten gehen können.

Jeder kann sein Kind in eine Kita bringen, wenn er das will. Wenn die Menschen das aber nicht wollen, haben wir doch nicht das Recht zu entscheiden, was für das Kind besser ist.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sollen die alle zu Hause bleiben?)

Für die Kinder unter drei Jahren haben wir in Bayern 110.000 Plätze. Im Jahr 2007 waren es lediglich knapp 33.000 Plätze. Wir haben also enorm aufgeholt. Wir setzen dabei nicht nur auf Quantität, sondern auch auf Qualität. Das geht bei uns Hand in Hand. Wir haben den Mindestanstellungsschlüssel verbessert und damit ebenfalls aufgeholt.

In Bayern gibt es derzeit sehr viele Migrantenkinder. Immer wieder wird gesagt, diese Migrantenkinder müssten alle in die Kitas. Die NUBBEK-Studie hat jedoch bewiesen, dass zweijährige Kinder mit Migrationshintergrund zu Hause mindestens ebenso gut aufgehoben sind wie in einer Kita.

Die Betriebskosten im Jahr 2015 lagen bei 1,3 Milliarden Euro. Frau Rauscher, Sie haben vorhin gefragt, wer denn die Eltern informiere. Mit dem Antrag auf Betreuungsgeld werden die Eltern sofort über die Konsequenzen informiert, wenn sie sich unrechtmäßig verhalten und Betreuungsgeld beziehen, während sie ihr Kind in einer Kita betreuen lassen. Frau Rauscher, wenn die Kinder in eine Kita gebracht werden, kann dies mit einem einzigen Satz und mit einer formalen Unterschrift geklärt werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Rauscher hat noch den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung geäußert.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ja, gerne.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, ich möchte erstens feststellen, dass uns in Bayern 20.000 Kita-Plätze fehlen, um die von Fachinstituten empfohlene Betreuungsquote von 40 % zu erreichen.

Zweitens, zur Qualität: Sämtliche Anträge, die im Fachausschuss mit dem Ziel der Qualitätssteigerung eingebracht wurden, wurden abgelehnt. So viel zum Qualitätsausbau. Ja, in den letzten Jahren gab es ein paar Verbesserungen. Sie haben gerade die NUBBEK-Studie erwähnt, wonach zweijährige Kinder mit Migrationshintergrund zu Hause besser aufgehoben seien - -

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sie sind dort genauso gut aufgehoben, nicht besser!

Doris Rauscher (SPD): Diese Studie kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass diese Kinder zu Hause besser aufgehoben wären, weil die Qualität der Krippen in ganz Deutschland, aber gerade auch in Bayern, noch nicht dem Qualitätsniveau entspricht, das nötig wäre, damit die Kinder dort gut versorgt werden könnten. Gerade diese Kinder könnten von einem solchen Krippenplatz profitieren.

Wir hoffen, dass die Qualität der Kitas weiter gesteigert wird. 230 Millionen Euro zusätzlich der 32 Stellen, die im Amt für Familie für die Bearbeitung der Anträge geschaffen worden sind, sind richtig viel Geld. Damit könnten wir für die Kitas richtig Gas geben. Wir könnten damit von mir aus auch in den Grundschulen die Inklusion fördern und die Randzeiten- und Ferienbetreuung ausbauen.

Trotzdem dürfen die Eltern ihre Kinder zu Hause betreuen. Sie haben natürlich eine Wahlfreiheit. Keiner wird zu etwas gezwungen, weder von der SPD-Fraktion noch von den anderen Oppositionsparteien.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Zwei kurze Antworten: Wir bauen die Zahl der Kita-Plätze weiter aus.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Aber das Geld fehlt uns doch!)

Wir werden auch weiterhin Geld in diesen Ausbau investieren. Dafür sind auch im FAG Mittel vorgesehen. Auch das Geld, das die Bundesebene für diesen Zweck zur Verfügung stellt, wird entsprechend investiert.

In diesem Jahr haben wir 63 Millionen Euro für die Qualitätsverbesserung eingesetzt. Wir haben den Basiswert erhöht. Die Kommunen haben das Gleiche gemacht, sodass für die Qualitätsverbesserung in den Kindertageseinrichtungen 126 Millionen Euro aufgewandt wurden. Das ist der richtige Ansatz.

Für die Migrantenkinder wurde ein anderer Faktor als bei bayerischen Kindern zugrunde gelegt. Im Integrationskonzept ist vorgesehen, speziell für Kinder mit Migrationshintergrund 1.000 Euro pro Jahr zusätzlich aufzuwenden, um damit Spezialleistungen zu finanzieren wie zum Beispiel Dolmetscher-Leistungen. Auch das haben wir im Fokus. Deshalb kann ich nur sagen: Wir wollen alle Möglichkeiten der Kinderbetreuung unterstützen, die Eltern für sich wählen können. Das gilt sowohl für die Nutzung einer staatlich geförderten Kita als auch für eine selbstorganisierte Kinderbetreuung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Jawohl. Dann ist das so beschlossen.